

Format de citation

Fleck, Hans-Georg: Rezension über: Bernd G. Ulbrich, Hermann Cohn (1869-1933). Anhaltischer Landespolitiker und deutscher Jude, Dessau: Moses-Mendelssohn-Gesellschaft, 2010, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2011, 2, DOI: 10.15463/rec.1189741527, heruntergeladen über Website



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Bernd G. Ulbrich: Hermann Cohn (1869 – 1933). Anhaltischer Landespolitiker und deutscher Jude

Dessau-Roßlau 2010 (Schriftenreihe der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Dessau e.V., Nr. 27), 104 S., 4 Abb.¹

Dieter G. Maier: Ignaz Jastrow. Sozialliberale Positionen in Wissenschaft und Politik

Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 2010 (Jüdische Miniaturen, Bd. 103), 80 S., 12 Abb., ISBN 978-3-942271-06-6

Zwei sehr unterschiedliche kleine Schriften sind hier anzuzeigen, die doch eines verbindet: Die ehrenvolle Absicht, ihren jeweiligen Protagonisten dem historischen Vergessen zu entreissen, ihm historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und damit einen Beitrag zur deutschen Geschichte vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus zu leisten. Auch wenn beide Publikationen – dies sei vorausgeschickt – nicht den Ehrgeiz haben, den jeweiligen Helden umfassend darzustellen oder auch dessen Bedeutung für Politik und Gesellschaft in aller Tiefenschärfe auszuleuchten, auch wenn beide Autoren wohl kaum von der Absicht geleitet wurden, einen Beitrag zur Geschichte des geistigen und/oder des politischen Liberalismus in Deutschland zu leisten: Gerade die Liberalismusforschung ist ihnen ganz besonders zu Dank verpflichtet, weil hier einer nicht nur regionalgeschichtlich bedeutsamen liberalen Politikergestalt gedacht wird, zum anderen, weil ein bedeutender liberaler Intellektueller, dessen Namen nur wenigen Kennern der deutschen Politik- und Wissenschaftsgeschichte noch geläufig sein dürfte, auf die öffentliche Bühne zurückexpediert wird.

Der als Lehrbeauftragter am Seminar für Judaistik/Jüdische Studien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätige, in den zurückliegenden Jahren vor allem als anhaltischer Regionalhistoriker und als Kenner der Geschichte des deutschen Judentums ausgewiesene Bernd G. Ulbrich hat eine kleine Studie zu dem Dessauer Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker Hermann Cohn vorgelegt, der zudem anhaltischer Landespolitiker und vielgestaltiger Funktionsträger jüdischer Organisationen gewesen ist. Der promovierte Jurist Cohn, der seine gesamte berufliche und politische Karriere hindurch in seiner Geburtsstadt Dessau tätig war, ist zweifellos – neben dem Unternehmer und Reichstagsabgeordneten Richard Roesicke sowie dem späteren, langjährigen Dessauer Oberbürgermeister Fritz Hesse – eine der prägenden Gestalten des anhaltischen Linksliberalismus zwischen 1890 und dem Ende der Weimarer Republik.

Cohns Vorfahren waren seit dem frühen 19. Jahrhundert im Anhaltischen ansässig. Sie lebten in der

¹ Zu beziehen über das Moses Mendelssohn Zentrum, Mittelring 38, D-06849 Dessau-Roßlau, mendelssohn@datel-dessau.de

ihnen als Angehörigen der jüdischen Minderheit relativ aufgeschlossen gegenüberstehenden askanischen Residenzstadt Dessau, die nicht nur den herausragenden jüdischen Aufklärer der Neuzeit, Moses Mendelssohn, hervorgebracht hatte, sondern auch Wirkungsstätte einer der bedeutendsten aufklärerischen jüdischen Bildungseinrichtungen in Deutschland, der Franz-Schule, war. Knapp 30jährig ließ sich Cohn 1898 als Anwalt am Landgericht in Dessau nieder, wo er sich rasch als sehr streitbarer, eloquenter und schlagfertiger Strafverteidiger einen Namen machte, nicht zuletzt durch seine Rechtsvertretung für politisch unliebsame Sozialdemokraten. Seit 1902 war Cohn nicht nur Vorsitzender des lokalpolitisch einflußreichen Hausbesitzervereins, sondern zugleich auch linksliberaler Stadtverordneter und Mitglied des anhaltischen Landtages. Auch hier erwies sich Cohn im Wesentlichen nicht als politischer Programmatiker, sondern als Pragmatiker. Aus strategischen Erwägungen ging Cohn für den minoritären, in der Stadt Dessau jedoch solide repräsentierten Linksliberalismus politische Bündnisse auch mit der zu Anfang des Jahrhunderts als potentieller Partner des liberalen Bürgertums noch weitgehend ignorierten Sozialdemokratie ein, obwohl er aus seinen sachlichen Vorbehalten gegen letztere kein Hehl machte. In diesen Jahren zog sich Cohn vor allem die Abneigung der damals die parlamentarische Mehrheit im Landtag stellenden anhaltischen Nationalliberalen und Konservativen zu, die er – vor allem wegen deren Bemühungen zur Entdemokratisierung der relativ liberalen anhaltischen Wahl- und Kommunalgesetzgebung – harsch zu attackieren nicht müde wurde.

Seit 1912 Stadtverordnetenvorsteher, blieb Cohn während des Weltkrieges und nahezu bis zum Lebensende eine der tragenden Säulen der Dessauer Kommunalpolitik, von der uns Ulbrich einige wenige Details berichtet. Kaum faßbar wird hingegen das Bild des Landespolitikers Cohn. Schon bevor er Anfang Dezember 1918 zu den Mitgründern der neuen liberalen Sammlungspartei, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), und dann auch zu den Mitgliedern der Konstituierenden Landesversammlung des zukünftigen Freistaates Anhalt gehörte, war Cohn in der Untergangsphase der alten Ordnung vom Prinzregenten zum Mitglied des noch nicht demokratisch legitimierten Staatsrates, der anhaltischen Landesregierung, berufen worden. Diesem Gremium sollte Cohn dann – gleichsam als Garant des friedlichen Übergangs zur Demokratie – in einer Koalition mit den Sozialdemokraten bis 1922 angehören. Wir erfahren noch, dass Cohn maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der im Juli 1919 verabschiedeten anhaltischen Landesverfassung hatte. In einem Presseartikel von 1922 läßt Cohn deutlich werden, dass er kein geborener Anhänger der neuen demokratischen Republik gewesen ist, ihn aber die Art des Zusammenbruchs der alten Ordnung und vor allem das Verhalten der von dieser Ordnung zuallererst profitierenden gesellschaftlichen Schichten eines Besseren belehrt habe.

Bedauerlicher aus Sicht der Liberalismusforschung ist das Faktum, dass der liberale Parteipolitiker Cohn in der kleinen Schrift mehr denn bloss bleibt. Hier leistet auch der ansonsten umsichtig ausgewählte, zumeist auf gedruckte Quellen rekurrierende, nahezu die Hälfte des Gesamtmanuskripts umfassende Dokumententeil (S.54–102) keinerlei ergänzenden Beitrag. Zudem die Zuordnung des Dessauer Freisinns – und damit Cohns – zur Richterschen Freisinnigen Volkspartei mehr als fraglich. Der Reichstagswahlkreis Dessau-Zerbst wurde zwischen 1890 und 1912 durch Vertreter der Freisinnigen Vereinigung vertreten und auch der 1912 dem Sozialdemokraten Wolfgang Heine unterlegene Linksliberale Hugo Preuß entstammte der nicht-richterschen Tradition des deutschen Linksliberalismus. Von Cohns Wirken in den Sammlungsparteien des deutschen (Links-)Liberalismus vor 1918, also in FVP und DDP erfahren wir allenfalls Implizites, jedenfalls kaum Neues. Deutlich wird lediglich, dass der bekennende Jude und Liberale Cohn in der Niedergangsphase des deutschen Liberalismus zwischen den Weltkriegen zum einen bevorzugte Zielscheibe der bürgerlichen Rechten und des aufkommenden, sich

ohne jede Scheu oder Verstellung radikal-antisemitisch gebärdenden Nationalsozialismus gewesen ist. Deutlich wird aber auch die große Enttäuschung und Verbitterung, die Cohn ergriffen haben muss – im Angesicht des Niedergangs seiner aufrichtigen und uneigennützigen Hoffnungen für die Gestaltung eines liberal-demokratischen Deutschlands – frei von Rassen- und Klassenhass.

So sehr uns der Liberale Cohn schemenhaft und unkonturiert erscheint, um so deutlicher arbeitet Ulbrich das Profil des jüdischen Deutschen Cohn hervor. Denn genau dies war Cohn und wollte es sich von den Antisemiten – ob bürgerlicher oder proletarischer Provenienz – auch um keinen Preis nehmen lassen. Durch eine Vielzahl von aufschlußreichen Dokumenten belegt Ulbrich geradezu exemplarisch die Denkweise der übergroßen Mehrheit jener deutschen Juden, die seit 1893 ihre Interessen vom liberalen „Central-Verein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ am besten vertreten sahen. Cohn war hier Aktivist und gesuchter Vortragsredner auf regionaler und überregionaler Ebene, Mitglied auch des Zentralvorstandes.

Entgegen den – durch die Zeitläufte immer mehr an Plausibilität gewinnenden – Thesen des Zionismus vertrat Cohn die unauflösliche Zugehörigkeit der deutschen Juden zur deutschen Nation, die man sich weder von den antisemitischen Rassenhetzern noch von jenen nehmen lasse, die eine neue jüdische Nation mit dem Zielpunkt Palästina zu kreieren angetreten seien. Nicht erst als Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinde in Dessau (seit 1921) hatte Cohn zu seinem Treuebekenntnis zum Judentum als Religion und Tradition gestanden, jede Form „aktiver Assimilation“ durch Konversion aufs Schärfste verworfen. Für Cohn gehörten die deutschen Juden in ihrer religiösen und kulturellen Eigenart zu Deutschland, allen Anfeindungen zum Trotz; für Cohn kämpften in erster Linie „Deutsche gegen Deutsche“, nicht so sehr Juden gegen Antisemiten, wenn es darum ging, ein demokratisches, liberales und soziales Deutschland für alle Bürger zu schaffen. Das Schicksal, das ihn am 24. Januar 1933 dahinscheiden und am 30. Januar morgens (!) auf dem jüdischen Friedhof Dessau seine letzte Ruhe finden ließ, hat es insofern gnädig mit dem jüdischen Liberalen Hermann Cohn gemeint. Der Anblick des Sieges- und Vernichtungszuges der Braunen Horden blieb ihm erspart. Cohns Grabstein übrigens, der wie ein Wunder die Zeitläufte überstanden hat, ziert neben den Lebensdaten des Verstorbenen nichts weiter als Goethes „Eis-Lebens-Lied“.

Großen Dank schuldet die historische Liberalismusforschung dem früheren Dozenten an der Fachhochschule der Bundesagentur für Arbeit, Dieter G. Maier, einem Nicht-Historiker, für sein ambitiöses und – gemessen an seinen Ansprüchen – zweifellos gelungenes Projekt, den „aufrechten Demokraten“ und „unerschrockenen Liberalen“ (S. 7), zudem auch den vielseitigen Wissenschaftler Ignaz Jastrow einer von ebenso schnelllebig-wandelbaren wie gelegentlich erstaunlich randständigen Themen bestimmten Geschichts- und Sozialwissenschaft ins Bewußtsein zu rücken.

Die Lebensdaten des Protagonisten sind rasch repetiert: Der 1856 im pommersch-kujawischen Nakel/Nakło an der Netze geborene Sohn eines jüdischen Getreidehändlers studierte in den 1870er Jahren in Breslau und Berlin (u.a. bei Rudolf Gneist, Eugen Dühring und Heinrich Brunner) Geschichte und Philosophie, bevor er 1878 mit einer rechtsgeschichtlichen Dissertation zur „strafrechtlichen Stellung der Sklaven bei Deutschen und Angelsachsen“ promoviert wurde. Nach Militärdienst und kurzer Assistenzzeit bei Leopold von Ranke war Jastrow im Schuldienst tätig, bevor er sich 1885 in Berlin im Fach Geschichte habilitierte. 1892 folgte die *Venia legendi* für Staatswissenschaften. In den Folgejahren konnte Jastrow sich und seine junge, rasch vierköpfige Familie nur durch die Unterstützung der

Eltern und klägliche Einkünfte aus Kollegiengeldern und Buchtantiemen über Wasser halten. Auch eine (unbesoldete) außerordentliche Professur für Staatswissenschaften an der Universität Berlin 1905 erbrachte hier keine Verbesserung.

Erst die Professur an der neuen, privaten, von den „Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin“ getragenen Handelshochschule, die Jastrow dann rasch auch zu ihrem Gründungsrektor (bis 1909) berief, machte aus dem weitgehend brotlosen Akademiker und „Polyhistor“ (S. 7) einen wohl situierten und arrivierten Wissenschaftler. Als dann in den Jahren der Weimarer Republik auch die Verleihung der ordentlichen Professur einer staatlichen Universität an einen jüdischen Deutschen kein „Tabu“ mehr war, wurde Jastrow 1920 mit der Verleihung der Professur für Staatswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität endlich – und spät – persönliche Genugtuung zuteil. Natürlich wurde auch Jastrow gegen Lebensende nicht vom nazistischen Rassenhass verschont: Man entzog ihm Ende 1935 – nach 40jähriger Lehrtätigkeit – die Lehrbefugnis, was jedoch seine fortgesetzte wissenschaftliche Produktivität kaum tangierte. Bei Jastrows Tode im Mai 1937, der allenfalls in den noch bestehenden jüdischen Medien seinen Widerhall fand, waren noch zwei Publikationen im Druck, darunter eine zum liberalen Urvater Adam Smith. Die liberale jüdische „CV-Zeitung“ würdigte Jastrow denn auch in ihrem Nachruf als einen Universalwissenschaftler und mitreißenden Pädagogen, dem niemand „an Wissen überlegen“ gewesen sei.

Auf Jastrows weithin vergessenes historisches Oeuvre kann hier nur ein knapper Blick geworfen werden. Lediglich drei seiner historischen Publikationen seien erwähnt: zunächst die preisgekrönte „Geschichte des deutschen Einheitstraumes und seiner Erfüllung“ von 1885, die Georg Simmel als ein „Geschichtswerk“ würdigte, das wie kein anderes der Begründung eines „freisinnigen Patriotismus“ (S. 18) in Deutschland diene. Um die Jahrhundertwende erschien die mit dem Magdeburger Staatsarchivar Georg Winter verfaßte zweibändige „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Hohenstaufen“. Ein historiographisches Spätwerk Jastrows schließlich ist die bei Ullstein erschienene „Weltgeschichte in einem Band“ von 1932. Vielleicht ist es symptomatisch für die Rezeption, die Jastrow zu Lebzeiten gefunden hat, daß ihm der Preis 1885 nicht von einer hochmögenden wissenschaftlichen Institution, sondern von der ersten deutschen „Buchgemeinschaft“ verliehen wurde, dem 1873 gegründeten „Allgemeinen Verein für deutsche Literatur“.

Wenn man heute überhaupt noch Jastrow erinnert, dann wohl vor allem aufgrund seiner (Publikations-)Tätigkeit auf dem Felde der Sozialpolitik. Nachdem er sich schon in den 1880er Jahren im „kathedersozialistischen“ Verein für Sozialpolitik betätigt hatte, redigierte Jastrow seit 1893 die aus dem Frankfurter „Institut für Gemeinwohl“ hervorgegangenen „Blätter für Soziale Praxis“. Sie erschienen seit April 1895 unter dem Titel „Soziale Praxis. Central-Blatt für Sozialpolitik“, die wohl bedeutendste sozialreformerische Wochenzeitung der Zeit im Geiste des Sozialliberalismus. Jastrow schuf hier 1894 die Monatsbeilage „Das Gewerbegericht“, die erstmalig die durch die Reichsgesetzgebung von 1890 geschaffene neue Realität auf dem Felde der Gewerbe- und Arbeitsbeziehungen reflektierte. Im Konflikt mit dem Patron der Wochenzeitung, dem Frankfurter Metallindustriellen Wilhelm Merton, legte Jastrow 1896 zunächst die Redaktion nieder. Nachdem er sich in einen Rechtsstreit mit dem preußischen Handelsminister von Berlepsch begeben hatte, sah er sich zusätzlich zur Niederlegung der Herausgeberschaft der „Sozialen Praxis“ veranlaßt, als Berlepsch – nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik – im Jahre 1896 Eigentümer des Verlages der „Sozialen Praxis“ geworden war. Diese Rückzüge im Streit waren nicht die einzigen in der Biographie Jastrows, doch wohl die folgenreichsten, ging ihm

dadurch doch das einflußreiche Medium der deutschen Sozialpolitik verlustig. Seine fortgesetzte Autorenenschaft – auch unter der Ägide des neuen Redakteurs Ernst Francke – konnte an diesem Sachverhalt nichts ändern.

Jastrow war jedoch alles andere als resigniert. 1897 gründete er die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“, die er dann bis 1907 redigieren sollte. Hier legte Jastrow die Grundlagen für die Messung der Arbeitsmarktbewegungen, die für effiziente Arbeitsvermittlung, systematische Konjunkturbeobachtung sowie

gezielte Arbeitsmarktpolitik erforderlich sind. Jastrows Zeitschrift versuchte, die Arbeitssuchenden sowie die offenen und vermittelten Stellen über kommunale und private Arbeitsnachweise zu erfassen. Erst 1903 übernahm das vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene „Reichsarbeitsblatt“ diese essentiell notwendige Aufgabe. Die seinerzeit weitgehend von Jastrow geprägte Terminologie der Arbeitsmarktberichterstattung gilt weitgehend bis heute fort. Der Autor würdigt Jastrow demgemäß als „Schöpfer der Grundlagen für die heutige Arbeitsmarktpolitik“ (S. 53). Jastrow beließ es auch hier keineswegs bei der Theorie. Als unbesoldeter Stadtrat seiner Wohngemeinde Charlottenburg war Jastrow seit 1910 auch für Arbeitsnachweis, Fortbildungsschulwesen, Armenfürsorge und Arbeitslosenfürsorge zuständig. Als herausragender Praktiker eines effizienten Kommunalliberalismus sorgte Jastrow so im Jahrzehnt seiner kommunalen Verwaltungstätigkeit dafür, dass Charlottenburg als erste deutsche Stadt überhaupt die Beobachtung der Arbeitsmarktlage zur Verwaltungsaufgabe erklärte.

Als wäre all dies nicht schon mehr als genug der wissenschaftlichen, pädagogischen und publizistischen Tätigkeit, so wird auch der politische Mensch Ignaz Jastrow bei Maier nicht vergessen, auch wenn dies – leider – eher eine Randnote der Publikation darstellt. Nachdem Jastrow zunächst vor allem zur gesellschaftlichen Bedeutung der anwachsenden Sozialdemokratie publiziert hatte, outete sich Jastrow 1893 während der preußischen Landtagswahl als Liberaler – und zwar nicht als irgendeiner. Mit seiner Schrift „Sozialliberal“ prägte Jastrow nicht nur einen politisch-historischen Terminus, sondern er bekannte sich auch als Sozialliberaler. Für Jastrow bedeutete dies vor allem: „Wer liberal gesinnt ist, muß die auftauchenden sozialen Fragen nicht ablehnen, sondern in liberalem Sinne zu beantworten suchen.“ Eine Platitude – könnte man geneigt sein zu sagen. Wie oft – bis in die Gegenwart (siehe die ökologische Herausforderung unserer Tage) – jedoch haben Liberale gesellschaftliche Probleme geleugnet oder „wegzurationalisieren“ versucht statt sie „in liberalem Sinne zu beantworten“? Auch hier beließ es Jastrow nicht bei der Theorie: Ab 1898 war der Sozialliberale auch für einige Jahre freisinniges Mitglied der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, wo er sich jener Richtung zugesellte, die bald von den Namen Theodor Barth und Friedrich Naumann bestimmt sein sollte. Weiteres über die parteipolitische Affiliation Jastrows erfahren wir nicht. Man kann jedoch davon ausgehen, dass er bestens im politischen und geistigen Liberalismus seiner Zeit vernetzt war. Hier liegt ein weites Aufgabengebiet für eine wissenschaftliche Biographie Jastrows, die wir uns nur wünschen können.

Zu allerletzt: der jüdische Liberale Jastrow. Wie so mancher seiner Generation und seines intellektuellen Werdegangs entstammte Jastrow einer jüdisch-orthodoxen Familie. Jastrow bekannte sich zwar lebenslang zum Judentum, wendete sich aber – auch da wie viele seiner Generation – ab von der Orthodoxie, ja auch ab von jenem ostentativen Bekenntnis zum Judentum, wie es sein Zeitgenosse Hermann Cohn pflegte. Der „Vielschreiber“ Jastrow äußerte sich niemals zu explizit „jüdischen“ Themen, engagierte sich aber sehr wohl im bürgerlich-liberalen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Auch wenn wir nicht viel von der Geisteswelt erfahren, in der sich Jastrow bewegte, so deutet doch die Tat-

sache, dass er zu den Gründern der liberal-freidenkerischen „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“ zählte, daraufhin, dass sich Jastrow in erster Linie einer von den Fesseln der traditionellen Religionen befreiten Freigeistigkeit gekoppelt mit der Verpflichtung zu sozialem Engagement, hier durchaus in Anlehnung an die jüdisch-traditionelle „Wohltätigkeit“ (Zedaka), verpflichtet fühlte.

Hermann Cohn – Ignaz Jastrow: zwei liberale jüdische Deutsche. Wir können den Autoren für ihre biographischen Skizzen nur dankbar sein, auch wenn vielleicht ihre vornehmliche Leistung im Rückblick darin bestanden haben dürfte, uns durch vielerlei Lücken und offene Fragen, durch das implizite

Aufzeigen von Forschungsdesideraten darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass auch in Bereichen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die als gut erforscht gelten, noch wichtige Arbeit für junge Historiker und Sozialwissenschaftler zu leisten bleibt.

Jerusalem

Hans-Georg Fleck